

-Pressemitteilung-

Geplante Erweiterung der Flüchtlingsunterkunft Bethanien - ein Thema das nicht an den Bürgern vorbei entschieden werden darf.

Flüchtlingsunterkünfte sind eines der sensibelsten Themen unserer Zeit.

Bürger müssen in Entscheidungsprozesse einbezogen werden, sonst wird der soziale Frieden gefährdet. Möglichkeit der Beteiligung sind Ausschüsse, Sitzungen von Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen. Idealerweise macht man eine umfassende Bürgerbefragung. Für Bürgerbeteiligung haben wir ja neuerdings sogar ein Büro in Beeskow. „zumindest bis zur Wahl“

Beeskow ist in diesen Zeiten geprägt vom Wahlkampf um das Bürgermeisteramt. Alle Kandidaten wollen mehr Transparenz. **Transparenz** das Wort des Jahres in der kinderfreundlichen Kommune Beeskow !

Am 04.05.2023, kurz vor der Stichwahl zur Landratswahl in Oder-Spree hat der damalige Beeskower Bürgermeister Steffen die Fraktionsvorsitzenden sehr kurzfristig zu einem **nichtöffentlichen Gespräch** geladen. Thema unter anderem `wo man in Beeskow zusätzlichen Raum für Geflüchtete schaffen könne`. Drei mögliche Standorte wurden skizziert. In dieser Runde wurden **keinerlei Beschlüsse** gefasst, dies ist **kommunalrechtlich auch nicht möglich**. Tenor an diesem Abend war es die Thematik in die Stadtverordnetenversammlung und deren Ausschüsse zu bringen um sie dort umfassend öffentlich zu diskutieren.

Wochen und Monate vergingen in den folgenden 3 Stadtverordnetenversammlungen und zahlreichen Ausschüssen war dieses Thema aber nicht präsent, seitens der Verwaltung wurden keinerlei Informationen gegeben.

Anfang August verkündet der neue Landrat Steffen das der Landreis ca. 400 Personen weniger aufnehmen muss als geplant (vgl. Moz Online 10. August 2023 - „So viele Menschen müssen im Jahr 2023 aufgenommen werden“) Man hätte mutmaßen können das Thema sei für Beeskow vom Tisch.

Jetzt im Schatten der Wahl schafft man unumkehrbare Tatsachen im Schnelldurchlauf. Alles am Bürger vorbei.

Zeitdruck ist kein Argument! Warum auch, wer baut den Druck auf? 5 Monate hat man klandestin geschwiegen. Finanzielle Auswirkungen für die Stadt Beeskow sowie die Integration müssen vorher geklärt werden.

All das ist keine Willkommenskultur sondern nur Abfertigung und Regierungskonforme Planerfüllung wie zu DDR Zeiten, oder kurz blanker Aktionismus.

Was denkt die Mehrheit der Beeskower Bürger über dieses Vorhaben ?

Warum sollte Beeskow einen Kredit für das Vorhaben aufnehmen?

Wie hoch sind die Baukosten? Gibt es eine qualifizierte Kostenschätzung?

Wer hat die Planung veranlasst ?

Gibt es schriftliche Zusagen zur Finanzierung von Bund, Land und Landkreis?

Ist im Vorfeld ein Konzept zur Integration erarbeitet worden?

Wer soll die Unterkunft bewirtschaften?

Sollen Familien oder Alleinreisende untergebracht werden?

Wie viele Sozialarbeiter/Personal sind aktuell tätig - Wie ausgelastet sind diese bereits?

Hat ein solches Vorhaben Auswirkungen auf die Sicherheit in Beeskow?

Diese **offenen Fragen** sind exemplarisch dafür wie weit sich Beeskow vom **demokratischen Grundkonsens** und einer **gesetzeskonformen Haushaltspolitik entfernt** hat und dies nicht nur bei sensiblen Themen wie diesem.

Unsere Fraktion erkennt die Problematik der Unterbringung von Geflüchteten an verurteilt aber eine solche Vorgehensweise auf das Schärfste und wird derart undemokratische Prozesse ohne breite Beteiligung der Bürger zu Lasten des städtischen Haushaltes nicht unterstützen.

-gez. Die Fraktion